

No. 32387

**AUSTRIA
and
CZECH REPUBLIC**

**Treaty to supplement the European Convention on Extradition of 13 December 1957 and to facilitate its application.
Signed at Vienna on 27 June 1994**

Authentic texts: German and Czech.

Registered by Austria on 13 December 1995.

**AUTRICHE
et
RÉPUBLIQUE TCHÈQUE**

**Traité visant à compléter la Convention européenne d'extradition du 13 décembre 1957 et à faciliter son application.
Signé à Vienne le 27 juin 1994**

Textes authentiques : allemand et tchèque.

Enregistré par l'Autriche le 13 décembre 1995.

[GERMAN TEXT — TEXTE ALLEMAND]

**VERTRAG ZWISCHEN DER REPUBLIK ÖSTERREICH UND DER
TSCHECHISCHEN REPUBLIK ÜBER DIE ERGÄNZUNG DES
EUROPÄISCHEN AUSLIEFERUNGSÜBEREINKOMMENS VOM
13. DEZEMBER 1957 UND DIE ERLEICHTERUNG SEINER AN-
WENDUNG****Artikel I**

(Zu Artikel 2 des Übereinkommens)

Wird eine Auslieferung nach Artikel 2 Absatz 1 des Übereinkommens bewilligt und betrifft das Auslieferungersuchen auch in diesem Absatz nicht angeführte strafbare Handlungen, so wird die Auslieferung bei Vorliegen der übrigen Voraussetzungen nach dem Übereinkommen und diesem Vertrag auch wegen anderer Handlungen bewilligt, wenn diese in beiden Vertragsstaaten mit gerichtlicher Strafe bedroht sind.

Artikel II

(Zu Artikel 5 des Übereinkommens)

(1) In Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenstrafsachen und in Strafsachen wegen der Verletzung von Vorschriften der Warenbewirtschaftung oder über den Außenhandel wird die Auslieferung nur bewilligt, wenn die dem Ersuchen zugrundeliegende Handlung auch nach einer vergleichbaren gesetzlichen Strafbestimmung des ersuchten Staates gerichtlich strafbar wäre.

(2) Die Auslieferung darf nicht ausschließlich mit der Begründung abgelehnt werden, daß das Recht des ersuchten Staates nicht Steuer-, Abgaben-, Zoll-, Monopol- und Devisenvorschriften oder Vorschriften über die Warenbewirtschaftung oder den Außenhandel der gleichen Art wie das Recht des ersuchenden Staates enthält.

Artikel III

(Zu Artikel 7 und 8 des Übereinkommens)

Der ersuchte Staat wird die Auslieferung einer Person wegen einer strafbaren Handlung, die nach seinen Rechtsvorschriften seiner Gerichtsbarkeit unterliegt, bewilligen, wenn der Durchführung des Strafverfahrens im ersuchenden Staat mit Rücksicht auf die besonderen Umstände, insbesondere aus Gründen der Wahrheitsfindung, der Strafzumessung und des Strafvollzuges oder im Interesse der Resozialisierung des Rechtsbrechers der Vorzug zu geben ist.

Artikel IV

(Zu Artikel 9 des Übereinkommens)

(1) Die Auslieferung wird auch nicht bewilligt, wenn die dem Auslieferungersuchen zugrundeliegenden Handlungen in einem dritten Staat verübt worden sind und dort eine der in Artikel 9 des Übereinkommens erwähnten Entscheidungen ergangen ist.

(2) Die Auslieferung unter den Voraussetzungen des Artikels III wird nicht gehindert, wenn die Person nicht rechtskräftig verurteilt oder die im Urteil verhängte Strafe nicht oder nicht zur Gänze vollstreckt wurde.

(3) Der ersuchte Staat wird die Auslieferung einer Person nicht ablehnen, wenn seine Justizbehörden diese Person nur wegen fehlender eigener Gerichtsbarkeit freigesprochen oder nur aus diesem Grund gegen sie kein Strafverfahren eingeleitet oder ein bereits eingeleitetes Strafverfahren eingestellt haben.

Artikel V

(Zu Artikel 10 des Übereinkommens)

Für die Hemmung und die Unterbrechung der Verjährung sind allein die Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates maßgebend.

Artikel VI

(1) Eine im ersuchten Staat erlassene Amnestie steht der Auslieferung nicht entgegen, wenn die strafbare Handlung nicht der Gerichtsbarkeit dieses Staates unterliegt.

(2) Die Verpflichtung zur Auslieferung wird durch das Fehlen eines Antrages oder einer Ermächtigung zur Strafverfolgung oder einer sonstigen Erklärung des Geschädigten, die nach dem Recht des ersuchten Staates zur Einleitung und Fortsetzung des Strafverfahrens erforderlich wäre, nicht berührt.

Artikel VII

(Zu Artikel 12 des Übereinkommens)

(1) Das Ersuchen um Auslieferung wird unbeschadet der Zulässigkeit des diplomatischen Weges durch die Justizminister der beiden Vertragsstaaten gestellt. Auch der sonstige Schriftverkehr zwischen den Vertragsstaaten findet auf diesem Wege statt, soweit das Übereinkommen und dieser Vertrag nichts anderes bestimmen.

(2) In den Fällen des Strafaufschubes, der Strafunterbrechung und der bedingten Aussetzung der Vollstreckung einer Strafe oder vorbeugenden Maßnahme sind einem Ersuchen um Auslieferung oder Durchlieferung auch die zur Feststellung der Vollstreckbarkeit dienenden Urkunden beizufügen.

Artikel VIII

(Zu Artikel 14 des Übereinkommens)

(1) Die bedingte Freilassung einer ausgelieferten Person ohne eine ihre Bewegungsfreiheit einschränkende Anordnung steht der endgültigen Freilassung gleich.

(2) Im Sinne des Artikels 14 Absatz 2 des Übereinkommens kann der ersuchte Staat auch Maßnahmen treffen, um die für ein Ersuchen um Zustimmung nach Artikel 14 Absatz 1 lit. a des Übereinkommens erforderlichen Unterlagen zu erhalten; zu diesem Zweck ist die Vernehmung der ausgelieferten Person und ihre Vorführung zur Vernehmung zulässig. Nach der Stellung eines Ersuchens um Zustimmung kann die ausgelieferte Person ungeachtet der Einschränkung des Artikels 14 des Übereinkommens bis zum Eingang der Entscheidung über dieses Ersuchen in Haft gehalten werden, wenn die Anordnung der Haft nach den Rechtsvorschriften des ersuchenden Staates an sich zulässig ist.

Artikel IX

(Zu Artikel 15 des Übereinkommens)

Einem Ersuchen um Zustimmung zur Weiterlieferung an eine andere Vertragspartei des Übereinkommens oder an einen dritten Staat sind die in Artikel 12 Absatz 2 des Übereinkommens erwähnten Unterlagen beizufügen, die dem um Zustimmung ersuchenden Vertragsstaat übermittelt worden sind. Die Zustimmung wird erteilt, wenn wegen der dem Auslieferungsersuchen zugrundeliegenden strafbaren Handlungen die Auslieferung durch den um Zustimmung ersuchten Vertragsstaat an die andere Vertragspartei oder an den dritten Staat zulässig wäre.

Artikel X

(Zu Artikel 16 des Übereinkommens)

(1) Ersuchen um vorläufige Verhaftung können durch die Gerichte, die Staatsanwaltschaften und die obersten Justiz- und Polizeibehörden des einen Vertragsstaates an die zuständigen Justiz- und Polizeibehörden des anderen Vertragsstaates gerichtet werden. Die Angabe der strafbaren Handlung, derentwegen um Auslieferung ersucht werden wird, hat eine kurze Sachverhaltsdarstellung zu umfassen.

(2) Erlangen die zuständigen Behörden eines Vertragsstaates davon Kenntnis, daß sich auf dem Gebiet dieses Vertragsstaates eine Person befindet, deren Auslieferung vom anderen Vertragsstaat be-

gehrt werden kann, so werden sie diesen unverzüglich auf dem in Artikel 16 Absatz 3 des Übereinkommens vorgesehenen Geschäftsweg befragen, ob er die Auslieferung dieser Person begehrt. Wird die Person in vorläufige Auslieferungshaft genommen, so ist der andere Vertragsstaat hiervon unverzüglich unter Angabe des Zeitpunktes der Verhaftung und des Ortes der Haft zu verständigen.

(3) Die Fristen nach Artikel 16 Absatz 4 des Übereinkommens werden gewahrt, wenn das Auslieferungsersuchen und die beizufügenden Unterlagen vor deren Ablauf mittels Fernkopierer (Telefax) beim Justizministerium des ersuchten Staates einlangen und die Urschriften innerhalb angemessener Frist nachgereicht werden.

Artikel XI

(Zu Artikel 17 des Übereinkommens)

Zugleich mit der Entscheidung nach Artikel 17 des Übereinkommens wird der ersuchte Vertragsstaat auch über die Zulässigkeit der Weiterlieferung an den dritten Staat entscheiden; er wird diese Entscheidung allen beteiligten Staaten bekanntgeben.

Artikel XII

(Zu Artikel 19 des Übereinkommens)

(1) Artikel 19 Absatz 1 des Übereinkommens wird auch beim Vollzug einer vorbeugenden Maßnahme angewendet.

(2) Um die zeitweilige Übergabe gemäß Artikel 19 Absatz 2 des Übereinkommens kann zur Durchführung dringender Prozeßhandlungen ersucht werden. Diese Prozeßhandlungen sind im Ersuchen näher zu bezeichnen. Der Übergabe wird nicht zugestimmt, wenn durch sie eine gerichtliche Verfolgung im ersuchten Staat erheblich verzögert oder erschwert wird oder wenn sie unangemessene Nachteile für die auszuliefernde Person zur Folge haben könnte. Nach Durchführung der Prozeßhandlungen im ersuchenden Staat oder auf Verlangen des ersuchten Staates wird die übergebene Person ohne Rücksicht auf ihre Staatsangehörigkeit zurückgestellt.

(3) Im Fall der vorläufigen Übergabe wird die übergebene Person im ersuchenden Staat für die Dauer ihres Aufenthaltes in Haft gehalten. Diese Haft wird im ersuchten Staat auf die Strafe angerechnet.

(4) Die durch eine vorläufige Übergabe im Hoheitsgebiet des ersuchten Staates entstandenen Kosten werden nicht erstattet.

Artikel XIII

(Zu Artikel 20 des Übereinkommens)

(1) Wird die Auslieferung einer Person bewilligt, so werden auch ohne besonderes Ersuchen die Gegenstände, die im Artikel 20 des Übereinkommens bezeichnet sind oder als Entgelt für solche Gegenstände erlangt worden sind, wenn möglich zugleich mit der auszuliefernden Person übergeben. Sie werden auch dann übergeben, wenn die bereits bewilligte Auslieferung wegen Todes oder der Flucht dieser Person nicht vollzogen werden kann; weiters dann, wenn die Auslieferung, die nach dem Übereinkommen zulässig wäre, nicht bewilligt werden kann, weil die auszuliefernde Person geflüchtet oder gestorben ist oder im Inland nicht betreten werden konnte.

(2) Der ersuchte Staat gibt dem ersuchenden Staat bekannt, welche der in Artikel 20 des Übereinkommens bezeichneten Gegenstände sichergestellt worden sind und ob die auszuliefernde Person mit der unmittelbaren Rückgabe an den Geschädigten einverstanden ist.

Der ersuchende Staat teilt dem ersuchten Staat sobald wie möglich mit, ob er auf die Übergabe der Gegenstände unter der Bedingung verzichtet, daß sie gegen Vorweis einer Bescheinigung seiner zuständigen Justizbehörde dem Geschädigten oder dessen Beauftragten ausgehändigt werden.

(3) Ein Zolppfandrecht oder eine sonstige dingliche Haftung nach den Vorschriften des Zoll- oder Steuerrechtes wird der ersuchte Staat bei der Übergabe von Gegenständen unter Verzicht auf deren Rückstellung nicht geltend machen, es sei denn, daß der durch die strafbare Handlung geschädigte Eigentümer der Gegenstände die Abgabe selbst schuldet.

Artikel XIV

(Zu Artikel 21 des Übereinkommens)

(1) Für die Dauer der Durchlieferung hat der darum ersuchte Staat die ihm übergebene Person in Haft zu halten.

(2) Soll eine Person, die von einem dritten Staat an einen Vertragsstaat ausgeliefert wird, auf dem Luftweg durch das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates ohne Zwischenlandung in diesen Staat befördert werden, so ist eine Befassung jenes Vertragsstaates, dessen Hoheitsgebiet überflogen werden soll, nicht erforderlich, wenn die Person weder dessen Staatsangehörigkeit besitzt noch in Anspruch nimmt und die Auslieferung nicht wegen einer der in den Artikeln 3 und 4 des Übereinkommens bezeichneten strafbaren Handlungen erfolgt.

Artikel XV

(Zu Artikel 23 des Übereinkommens)

Auslieferungersuchen und sonstige Schriftstücke werden in der Sprache des ersuchenden Staates abgefaßt. Übersetzungen werden nicht gefordert.

Artikel XVI

(Zu Artikel 25 des Übereinkommens)

Im Sinne dieses Vertrages bedeutet der Ausdruck „vorbeugende Maßnahme“ eine mit Freiheitsentziehung verbundene Maßnahme, die nach den Strafgesetzen durch eine gerichtliche Entscheidung neben oder anstelle einer Strafe angeordnet wird. Ist die Dauer einer noch zu vollziehenden Maßnahme unbestimmt, so ist für die Zwecke dieses Vertrages der Zeitpunkt maßgebend, zu dem die Maßnahme nach dem Recht des ersuchenden Staates spätestens aufzuheben ist.

Artikel XVII

(Zu Artikel 31 des Übereinkommens)

Kündigt einer der Vertragsstaaten das Übereinkommen, so wird die Kündigung im Verhältnis zwischen der Republik Österreich und der Tschechischen Republik zwei Jahre nach Eingang der Notifikation der Kündigung beim Generalsekretär des Europarates wirksam.

Artikel XVIII

(1) Dieser Vertrag bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden in Prag ausgetauscht.

(2) Dieser Vertrag tritt am ersten Tag des dritten Monats in Kraft, der auf den Monat folgt, in dem die Ratifikationsurkunden ausgetauscht wurden.

(3) Der Vertrag bleibt auf unbestimmte Zeit in Kraft, sofern nicht einer der Vertragsstaaten den Vertrag schriftlich auf diplomatischem Weg kündigt; in diesem Fall tritt der Vertrag ein Jahr nach der Kündigung, spätestens aber zu dem Zeitpunkt außer Kraft, in dem das Europäische Auslieferungsübereinkommen zwischen den Vertragsstaaten dieses Vertrages außer Kraft tritt.

Zu Urkund dessen haben die Bevollmächtigten der beiden Vertragsstaaten diesen Vertrag unterzeichnet und mit Siegeln versehen.

Geschehen zu Wien, am 27. Juni 1994, in zwei Urschriften, jede in deutscher und tschechischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die Republik
Österreich:

NIKOLAUS MICHALEK

Für die Tschechische
Republik:

JIŘÍ NOVÁK

[CZECH TEXT — TEXTE TCHÈQUE]

SMLOUVA MEZI RAKOUSKOU REPUBLIKOU A ČESKOU REPUBLIKOU O DODATKU K EVROPSKÉ ÚMLUVĚ O VYDÁVÁNÍ Z 13. PROSINCE 1957 A USNADNĚNÍ JEJÍHO UPLATNĚNÍ

Článek I

(K článku 2 Úmluvy)

Povolí-li se vydávání osoby podle článku 2 odstavec 1 Úmluvy a týká-li se žádost o vydání také trestných činů neuvedených v tomto odstavci, pak je vydání povoleno také pro jiné činy existující-li ostatní předpoklady na základě Úmluvy a této smlouvy a hrozí-li za ně trest uložený soudem v obou smluvních státech.

Článek II

(K článku 5 Úmluvy)

(1) U trestných činů daňového, celního, monopolního a devizového charakteru, či vztahujících se na odvody a dávky, a u trestných činů spočívajících v porušení předpisů hospodářského styku nebo předpisů zahraničního obchodu, se vydání povoluje pouze tehdy, pokud by čin vedoucí k žádosti o vydání byl podle srovnatelného trestního předpisu dožadovaného státu rovněž trestně právně postížitelný.

(2) Vydání nesmí být zamítnuto výlučně se zdůvodněním, že právo dožadovaného státu neobsahuje stejné daňové, celní, monopolní a devizové předpisy ani předpisy vztahující se na odvody a dávky a dále ani předpisy pro hospodářský zboží styk či zahraniční obchod jako právo dožadujícího státu.

Článek III

(K článku 7 a 8 Úmluvy)

Dožádaný stát povolí vydání osoby pro trestný čin, který podle jeho právních předpisů podléhá jeho pravomoci, jestliže je třeba se zřetelem na zvláštní okolnosti, zejména z důvodů zjištění pravdy, výměry trestu a jeho výkonu nebo v zájmu resocializace obviněného dát přednost provedení trestního řízení v dožadujícím státě.

Článek IV

(K článku 9 Úmluvy)

(1) Vydání se nepovolí ani tehdy, jestliže činy vedoucí k žádosti o vydání byly spáchány ve třetím státě a tamtéž bylo vydáno jedno z rozhodnutí uvedené v článku 9 Úmluvy.

(2) Vydání za podmínek článku III nebude bráněno, jestliže osoba nebyla v dožadovaném státě pravomocně odsouzena nebo uloženy trest nebyl alespoň zčásti nebo zcela vykonán.

(3) Dožádaný stát neodmítne vydání osoby, jestliže jeho justiční orgány osvobodily tuto osobu pouze z důvodu chybějící vlastní soudní pravomoci nebo poze z tohoto důvodu nebylo proti této osobě zahájeno trestní řízení či bylo již zahájené trestní řízení zastaveno.

Článek V

(K článku 10 Úmluvy)

Pro zabránění a přerušení promlčení jsou určující pouze právní předpisy dožadujícího státu.

Článek VI

(1) Amnesti vyhlášená v dožádaném státě nebrání vydání osoby, pokud trestný čin nepodléhá soudní pravomoci tohoto státu.

(2) Povinnost k vydání není dotčena tím, že chybí návrh nebo zmocnění k testnímu stíhání či jiné prohlášení postiženého, které jsou podle práva dožádaného státu potřebné k zahájení a vedení trestního řízení.

Článek VII

(K článku 12 Úmluvy)

(1) Žádosti o vydávání podávají jménem obou smluvních stran ministři spravedlnosti, čímž však není vyloučena diplomatická cesta. Také ostatní písemný styk mezi smluvními státy probíhá touto cestou, pokud Úmluva a tato smlouva nestanoví jinak.

(2) V případech odkladu nebo přerušení trestu, uložení podmíněného trestu, podmíněného propuštění nebo ochranného opatření je třeba k žádosti o vydání či průvoz přiložit také listiny sloužící k zjištění vykonatelnosti.

Článek VIII

(K článku 14 Úmluvy)

(1) Podmíněné propuštění vydané osoby bez nařízení omezujícího svobodu jejího pohybu se rovná konečnému propuštění na svobodu.

(2) V duchu článku 14 odstavec 2 Úmluvy může dožádaný stát také učinit opatření, aby získal podklady potřebné k žádosti o souhlas podle článku 14 odstavec 1 písmeno a) Úmluvy; za tímto účelem je přípustný výslech vydané osoby a také je přípustné její předvedení k výslechu. Po podání žádosti o souhlas může být vydaná osoba držena ve vazbě nehlédě na omezení článku 14 Úmluvy až do doby doručení rozhodnutí ve věci této žádosti, jestliže je nařízení vazby přípustné podle právních předpisů dožadujícího státu.

Článek IX

(K článku 15 Úmluvy)

K žádosti o souhlas s dalším vydáním jiné smluvní straně Úmluvy nebo třetímu státu je třeba přiložit podklady uvedené v článku 12 odstavec 2 Úmluvy, které byly předány smluvnímu státu žádajícímu o souhlas. Souhlas je udělen, jestliže trestné činy vedoucí k žádosti o vydání by opravňovaly vydání osoby ze strany smluvního státu, který byl požádán o souhlas, jiné smluvní straně nebo třetímu státu.

Článek X

(K článku 16 Úmluvy)

(1) Žádosti o vzetí do předběžné vazby mohou soudy, státní zastupitelství a ústřední justiční a policejní orgány jednoho smluvního státu adresovat příslušným justičním a policejním orgánům státu druhého. Oznámení trestného činu, pro který se o vydání žádá, musí obsahovat krátké vylíčení činu.

(2) Dozvědí-li se příslušné orgány jednoho smluvního státu o tom, že na území tohoto smluvního státu se zdržuje osoba, o jejíž vydání může druhý smluvní stát požádat, dotáží se jej neprodleně způsobem, který je uveden v článku 16 odstavec 3 Úmluvy, zda žádá o vydání této osoby. Je-li osoba vzata do předběžné vydávací vazby, je nutno o tom neprodleně vyrozumět druhý smluvní stát s uvedením doby zatčení a místa vazby.

(3) Lhůty podle článku 16 odstavce 4 Úmluvy zůstanou zachovány, pokud žádost o vydání a doklady, které mají být připojeny, budou doručeny před jejich uplynutím telefaxem ministerstvu spravedlnosti dožádaného státu a originály nebo ověřené kopie budou dodatečně zaslány v přiměřené lhůtě.

Článek XI

(K článku 17 Úmluvy)

Současně s rozhodnutím podle článku 17 Úmluvy rozhodne dožadovaný smluvní stát také o přípustnosti dalšího vydání do třetího státu; toto své rozhodnutí oznámí všem zúčastněným státům.

Článek XII

(K článku 19 Úmluvy)

(1) Článek 19 odstavec 1 Úmluvy je uplatňován také při výkonu ochranného opatření.

(2) Dožadující stát může žádat o dočasné předání podle článku 19 odstavec 2 Úmluvy k provedení naléhavých procesních úkonů. Procesní úkony je třeba v žádosti blíže popsat. S předáním nebude vysloven souhlas, jestliže by toto předání značně zpomalilo či ztížilo trestní stíhání v dožadovaném státě nebo by vedlo k nepřiměřeným nevýhodám pro osobu, která má být vydána. Předaná osoba se musí po provedení procesních úkonů v dožadujícím státě nebo na požádání dožadovaného státu předat zpět bez ohledu na státní příslušnost.

(3) V případě dočasného předání bude předaná osoba po dobu svého pobytu v dožadujícím státě držena ve vazbě. Tato délka vazby se započítá do délky trvání trestu, který je v dožadovaném státě uložen.

(4) Náklady vzniklé na výsostném území dožadovaného státu dočasným předáním nejsou hrazeny.

Článek XIII

(K článku 20 Úmluvy)

(1) Je-li povoleno vydání osoby, povolí se bez zvláštní žádosti též vydání předmětů, které jsou uvedeny v článku 20 Úmluvy nebo které byly získány protihodnotou za takové předměty. Je-li možné, předají se předměty současně s vydávanou osobou. Předají se i tehdy, nemůže-li již povolené vydání být provedeno z důvodu úmrtí nebo útěku této osoby; dále pak, jestliže dle Úmluvy povolené vydání nemůže být povoleno, protože k vydání určená osoba uprchla nebo zemřela nebo ji v dožadovaném státě nelze trestně postihnout.

(2) Dožadovaný stát oznámí státu dožadujícímu, které předměty byly podle článku 20 Úmluvy zajištěny a zda je vydávaná osoba srozuměna s jejich bezprostředním vrácením poškozenému. Dožadující stát oznámí dožádanému státu co možná nejdříve, zda se zříká předání předmětů za podmínky, že budou poškozenému nebo jejich zmocněnci vydány proti předložení potvrzení jeho příslušných justičních orgánů.

(3) Dožadovaný stát nebude při předání předmětů uplatňovat celní zástavní právo nebo jiné věcné ručení podle předpisů celního a daňového práva, a zříká se taktéž jejich zpětného navrácení s výhradou, že trestným činem poškozený majitel předmětů tyto dávky dluží sám.

Článek XIV

(K článku 21 Úmluvy)

(1) Dožadovaný stát musí provázenou osobu držet po dobu průvozu ve vazbě.

(2) Má-li být osoba, která je vydávána třetím státem jinému smluvnímu státu, přepravena vzdušnou cestou bez mezipřistání přes výsostné území jiného smluvního státu do příslušného státu, pak není třeba vyjádření přelétaného smluvního státu, není-li tato osoba jeho státním občanem a není-li osoba vydávána pro jeden z trestných činů uvedených v článcích 3 a 4 Úmluvy.

Článek XV

(K článku 23 Úmluvy)

Žádosti o vydání a další písemnosti se sepisují v jazyce dožadujícího státu. Překlady se nevyžadují.

Článek XVI

(K článku 25 Úmluvy)

V této smlouvě znamená výraz „ochranné opatření“ spojené s odnětím svobody, které se ukládá podle trestních zákonů rozhodnutím soudu vedle nebo na místo trestu. Je-li trvání opatření, které se ještě má vykonat, neurčité, pak je pro účely této smlouvy určující onen termín, ke kterému musí být opatření podle práva dožadujícího státu nejpozději zrušeno.

Článek XVII

(K článku 31 Úmluvy)

Vypoví-li jeden ze smluvních států Úmluvu, pak nabyde vypovězení Úmluvy účinnosti ve vztahu mezi Rakouskou republikou a Českou republikou dva roky po doručení oznámení o vypovězení generálnímu tajemníkovi Rady Evropy.

Článek XVIII

(1) Tato smlouva podléhá ratifikaci. Ratifikační listiny budou vyměněny v Praze.

(2) Smlouva vstoupí v platnost prvního dne třetího měsíce následujícího po měsíci, ve kterém byly vyměněny ratifikační listiny.

(3) Smlouva se sjednává na dobu neurčitou, pokud jeden ze smluvních států smlouvu písemně diplomatickou cestou nevypoví; v tomto případě pozbyvá smlouva platnosti rok po vypovězení, nejpozději však k termínu, ke kterému pozbyde platnosti Evropská úmluva o vydávání mezi smluvními stranami této smlouvy.

Na důkaz toho zmocněnci obou smluvních států tuto smlouvu podepsali a opatřili ji pečeti.

Dáno ve Vídni, dne 27. června 1994 ve dvou původních vyhotoveních, každé v jazyce německém a českém, přičemž obě znění mají stejnou platnost.

Za Rakouskou
republiku:

NIKOLAUS MICHALEK

Za Českou
republiku:

Jiří NOVÁK

[TRANSLATION — TRADUCTION]

TREATY¹ BETWEEN THE REPUBLIC OF AUSTRIA AND THE
CZECH REPUBLIC TO SUPPLEMENT THE EUROPEAN CON-
VENTION ON EXTRADITION OF 13 DECEMBER 1957² AND TO
FACILITATE ITS APPLICATION

*Article I**(Ad article 2 of the Convention)*

If extradition is granted in accordance with article 2, paragraph 1, of the Convention and the request for extradition also relates to punishable offences not specified in said paragraph, extradition shall be granted also in respect of such other offences provided that all other conditions laid down in the Convention and this Treaty have been met, if the offences are punishable in both Contracting States by a penalty which must be imposed by a court.

*Article II**(Ad article 5 of the Convention)*

(1) Extradition shall be granted for offences in connection with taxes, duties, customs, monopoly and exchange, and for offences to the infringement of regulations on the rationing of goods or on foreign trade only if the offence to which the request relates would also be punishable by a penalty which must be imposed by a court in accordance with a comparable criminal provision of the requested State.

(2) Extradition may not be refused solely on the grounds that the legislation of the requested State does not include the same kind of provisions on taxes, duties, customs, monopoly and exchange or on the rationing of goods or foreign trade as are found in legislation of the requesting State.

*Article III**(Ad articles 7 and 8 of the Convention)*

The requested State shall grant extradition of a person in respect of an offence which, according to its law, is within its jurisdiction, if conduct of the proceedings in the requesting State is, given the special circumstances, preferable, particularly in the interest of ascertaining the truth, or for reasons of handing down and carrying out the sentence, or in the interest of rehabilitating the offender.

¹ Came into force on 1 January 1996, i.e., the first day of the third month following the month of the exchange of the instruments of ratification, which took place at Prague on 3 October 1995, in accordance with article XVIII (2).

² United Nations, *Treaty Series*, vol. 359, p. 273.

Article IV

(*Ad article 9 of the Convention*)

(1) Extradition shall also not be granted if the offences in the extradition request were committed in a third State and if one of the decisions referred to in article 9 of the Convention was issued in that State.

(2) The fact that the person has not been lawfully sentenced or if the sentence imposed in the judgement has not been served or has been served only in part shall not constitute an impediment to extradition under the conditions specified in article III.

(3) The requested State shall not refuse the extradition of a person if its judicial authorities have acquitted that person solely by reason of lack of jurisdiction or did not institute proceedings against him or her or suspended proceedings which had been instituted solely for that reason.

Article V

(*Ad article 10 of the Convention*)

The suspension and prevention of any legal effects of lapse of time shall be governed solely by the law of the requesting State.

Article VI

(1) An amnesty proclaimed in the requested State shall not preclude extradition if the offence is not within the jurisdiction of that State.

(2) The obligation to extradite shall not be affected by the absence of an application or authorization or any other declaration by the injured party which under the law of the requested State may be required for the institution and continuation of proceedings.

Article VII

(*Ad article 12 of the Convention*)

(1) Without prejudice to the admissibility of the diplomatic channel, requests for extradition shall be communicated through the Minister of Justice of each Contracting State. Except as otherwise provided in the Convention and this Treaty, other correspondence between the Contracting States shall also be conducted through this channel.

(2) In cases of suspension of sentence, interruption of sentence and conditional suspension of the enforcement of a sentence or preventive measure, the documents evidencing enforceability shall also be attached to a request for extradition or transit.

Article VIII

(*Ad article 14 of the Convention*)

(1) Conditional discharge without an order restricting the freedom of movement of the extradited person shall be assimilated to final discharge.

(2) For the purpose of article 14, paragraph 2, of the Convention, the requesting State may also take measures to obtain the documents necessary for the submission of a request for consent in accordance with article 14, paragraph 1 (a) of the Convention; to that end, the extradited person may be questioned and may be brought before a court for questioning. Once a request for consent has been submitted, the extradited person may, notwithstanding the reservation in article 14 of the Convention, be held in custody until a decision concerning the request is received, if such custody is in itself admissible under the law of the requesting State.

Article IX

(*Ad article 15 of the Convention*)

A request for consent to re-extradition to another party to the Convention or to a third State shall be accompanied by the documents mentioned in article 12, paragraph 2, of the Convention which have been communicated to the State submitting the request for consent. Consent shall be given if extradition to the other Contracting Party or to the third State by the Contracting Party whose consent is requested would be admissible on account of the offences in respect of which extradition is requested.

Article X

(*Ad article 16 of the Convention*)

(1) Requests for provisional arrest may be made by the courts, by State Counsel's Department and by the higher judicial and police authorities of one Contracting State to the competent judicial and police authorities of the other Contracting State. The statement of the offence in the request shall include a brief account of the facts of the case.

(2) If it comes to the knowledge of the competent authorities of one Contracting State that there is in its territory a person whose extradition may be requested by the other Contracting State, they shall immediately enquire of that State, through the channel provided for in article 16, paragraph 3, of the Convention, whether it requests the extradition of that person. If the person is placed under provisional arrest, the other Contracting State must immediately be notified, with an indication of the time of the arrest and the place of custody.

(3) The periods specified in article 16, paragraph 4, of the Convention shall be respected if the extradition request and accompanying documents are sent by telefax to the Justice Ministry of the requested State before expiration of the periods and the originals are submitted within a reasonable period.

Article XI

(*Ad article 17 of the Convention*)

When making a decision under article 17 of the Convention, the requested State shall also decide on the admissibility of re-extradition to the third State; it shall inform all States involved of its decision concerning re-extradition.

Article XII

(Ad article 19 of the Convention)

(1) Article 19, paragraph 1, of the Convention shall also apply with respect to the carrying out of a preventive measure.

(2) For the purposes of article 19, paragraph 2, of the Convention, temporary surrender may be requested for the performance of urgent procedural acts. The procedural acts shall be described in detail in the request. Surrender shall not be consented to if a prosecution in the requested State would thereby be substantially delayed or if such a step might cause unreasonable prejudice to the person who is to be extradited. After the performance of the procedural acts in the requesting State or upon the application of the requested State, the person surrendered shall be returned without regard for his or her nationality.

(3) In case of temporary surrender, the person surrendered shall be held in custody throughout in the requesting State. The time spent in custody shall be taken into account in the requested State.

(4) Expenses incurred in the territory of the requested State by reason of temporary surrender shall not be reimbursed.

Article XIII

(Ad article 20 of the Convention)

(1) If an extradition request is granted, the property mentioned in article 20 of the Convention or obtained as compensation for such property shall, if possible, be handed over simultaneously with the person to be extradited without a special request. Such property shall also be handed over if a request that has already been granted cannot be executed owing to the death or escape of such a person, or if extradition which would be admissible under the Convention cannot be granted because the person to be extradited has escaped or died, or could not be located in the requested State.

(2) The requested State shall indicate what part of the property referred to in article 20 of the Convention has been seized and whether the person to be extradited agrees to the direct return of the property to the injured party.

The requesting State shall inform as soon as possible as to whether it waives the handing over of the property on the condition that it is delivered to the injured party or his authorized representative upon production of a certificate issued by its competent judicial authority.

(3) When handing over property and waiving the return thereof, the requested State shall not assert any customs lien or other liability *in rem* under the provisions of customs law or taxation law, unless the property-owner injured by the offence is himself liable for the duty or tax in question.

Article XIV

(*Ad article 21 of the Convention*)

(1) The State requested to grant transit shall hold the person handed over to it in custody throughout transit.

(2) Where a person to be extradited from a third State to a Contracting Party is to be transported by air over the territory of the other Contracting Party without an intermediate landing, a report shall not be required from the State over whose territory the flight is to be made if the person neither possesses nor claims its nationality and is not being extradited for any of the offences specified in articles 3 and 4 of the Convention.

Article XV

(*Ad article 23 of the Convention*)

Extradition requests and other documents shall be written in the language of the requesting State. No translations shall be required.

Article XVI

(*Ad article 25 of the Convention*)

For the purposes of this Treaty, the term “preventive measure” means any measure involving deprivation of liberty which has been made in accordance with criminal law by a criminal court in addition to or instead of a prison sentence. If a measure yet to be executed is valid for an indefinite period, for the purposes of this Treaty the binding date shall be the latest date on which the order may be rescinded in accordance with the legislation of the requesting State.

Article XVII

(*Ad article 31 of the Convention*)

Should either of the Treaty States denounce the Convention, the denunciation as between the Republic of Austria and the Czech Republic shall take effect two years after the Secretary-General of the Council of Europe receives notification.

Article XVIII

(1) This Treaty shall be ratified; the instruments of ratification shall be exchanged at Prague.

(2) This Treaty shall enter into force on the first day of the third month following the month in which the instruments of ratification are exchanged.

(3) This Treaty shall remain in force for an unlimited period, unless denounced in writing through the diplomatic channel by either Contracting State; if it is denounced, the Treaty shall cease to have effect one year after the date of denunciation, and at the latest on the date the European Convention on Extradition ceases to have effect as between the Contracting States to this Treaty.

IN WITNESS WHEREOF the Plenipotentiaries of the two Contracting States have signed this Treaty and have hereto affixed their seals.

DONE at Vienna on 27 June 1994, in duplicate, in the German and Czech languages, both texts being equally authentic.

For the Republic
of Austria:

NIKOLAUS MICHALEK

For the Czech
Republic:

JIŘÍ NOVÁK

[TRADUCTION — TRANSLATION]

TRAITÉ¹ ENTRE LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ET LA RÉPUBLIQUE TCHÈQUE VISANT À COMPLÉTER LA CONVENTION EUROPÉENNE D'EXTRADITION DU 13 DÉCEMBRE 1957² ET À FACILITER SON APPLICATION

Article premier

(Ad article 2 de la Convention)

Lorsque l'extradition est accordée en application du paragraphe 1 de l'article 2 de la Convention et même si la demande d'extradition vise des faits punissables qui ne sont pas cités dans ledit paragraphe, elle est également accordée pour d'autres faits en présence des autres conditions énoncées dans la Convention et le présent Traité, lorsque ces faits sont punissables dans les deux Etats contractants d'une peine pouvant être prononcée par un tribunal.

Article II

(Ad article 5 de la Convention)

1) En matière d'impôts, de taxes, de douane, de monopole et de change et dans les affaires relatives à la violation de dispositions en matière de contingentement ou de commerce extérieur, l'extradition n'est accordée que si le fait qui motive la demande serait également punissable d'une peine par un tribunal en vertu d'une disposition pénale comparable de l'Etat requis.

2) L'extradition ne peut être refusée pour le seul motif que la législation de l'Etat requis ne contient pas de dispositions en matière d'impôts, de taxes, de douane, de monopole et de change ou de dispositions en matière de contingentement ou de commerce extérieur similaires à celle de la législation de l'Etat requérant.

Article III

(Ad articles 7 et 8 de la Convention)

L'Etat requis accorde l'extradition pour une infraction qui, selon sa législation, relève de sa juridiction lorsque priorité doit être donnée à l'exécution de la procédure pénale dans l'Etat requérant compte tenu des circonstances particulières, notamment pour des motifs d'établissement de la vérité et de fixation et d'exécution de la peine ou dans l'intérêt de la réinsertion du contrevenant.

¹ Entré en vigueur le 1^{er} janvier 1996, soit le premier jour du troisième mois ayant suivi le mois de l'échange des instruments de ratification, qui a eu lieu à Prague le 3 octobre 1995, conformément au paragraphe 2 de l'article XVIII.

² Nations Unies, *Recueil des Traités*, vol. 359, p. 273.

Article IV

(Ad article 9 de la Convention)

1) L'extradition n'est pas non plus accordée lorsque les faits qui motivent la demande ont été commis dans un Etat tiers et que l'une des décisions visées à l'article 9 de la Convention a été prise dans cet Etat.

2) L'extradition prévue dans les conditions visées à l'article III n'est pas empêchée lorsque la personne n'a pas été condamnée de façon définitive ou que la peine prononcée n'a pas été exécutée ou ne l'a pas été entièrement.

3) L'Etat requis ne refusera pas l'extradition d'une personne lorsque ses autorités judiciaires n'ont acquitté cette personne qu'en raison d'un défaut de juridiction ou lorsque, pour cette seule raison, elles n'ont engagé aucune poursuite ou ont suspendu des poursuites déjà engagées.

Article V

(Ad article 10 de la Convention)

L'arrêt ou l'interruption de la prescription sont régis uniquement par la législation de l'Etat requérant.

Article VI

1) Une amnistie déclarée dans l'Etat requis ne s'oppose pas à l'extradition si l'infraction ne relève pas de la juridiction de cet Etat.

2) L'obligation d'extrader existe même en l'absence d'une plainte ou d'une autorisation de poursuites ou d'une autre déclaration de la personne lésée qui serait nécessaire selon la législation de l'Etat requis pour engager ou poursuivre la procédure pénale.

Article VII

(Ad article 12 de la Convention)

1) Sans préjudice du recours à la voie diplomatique, la demande d'extradition est transmise par l'intermédiaire des Ministres de la justice des deux Etats contractants. Tout autre échange de correspondance entre les Etats contractants s'effectue également par cette voie, sauf dispositions contraires de la Convention ou du présent Traité.

2) En cas de suspension ou d'interruption de peine ou de suspension conditionnelle de l'exécution d'une peine ou d'une mesure préventive, les documents attestant leur caractère exécutoire sont joints à la demande d'extradition ou de transit.

Article VIII

(Ad article 14 de la Convention)

1) La libération conditionnelle, si elle n'est pas assortie de mesures restreignant la liberté de la personne extradée, est assimilée à un élargissement définitif.

2) L'Etat requis peut également, aux fins du paragraphe 2 de l'article 14 de la Convention, prendre des mesures en vue d'obtenir les pièces nécessaires à la présentation d'une demande de consentement conformément à l'alinéa 1, a de l'article 14 de la Convention; à cette fin, la personne extradée peut être interrogée, et sa comparution devant un tribunal pour un interrogatoire est autorisée. Après la présentation de la demande de consentement, elle peut être maintenue en détention, nonobstant les réserves figurant à l'article 14 de la Convention, jusqu'à réception de la décision concernant cette demande, lorsque l'ordre de détention est recevable en soi selon la législation de l'Etat requérant.

Article IX

(Ad article 15 de la Convention)

Toute demande de consentement à une réextradition vers une autre Partie à la Convention ou vers un Etat tiers doit être accompagnée des pièces mentionnées au paragraphe 2 de l'article 12 de la Convention qui ont été communiquées à l'Etat contractant demandant ce consentement. Le consentement est donné si l'extradition vers l'autre Partie contractante ou vers l'Etat tiers par l'Etat contractant dont le consentement est demandé serait autorisé compte tenu de l'infraction au titre de laquelle l'extradition est demandée.

Article X

(Ad article 16 de la Convention)

1) Les demandes d'arrestation provisoire peuvent être présentées par les tribunaux, le ministère public et les autorités judiciaires et de police supérieures d'un Etat contractant aux autorités judiciaires ou de police compétentes de l'autre Etat contractant. L'indication de l'infraction figurant dans la demande doit s'accompagner d'un bref résumé des faits en l'espèce.

2) Si les autorités compétentes de l'un des Etats contractants apprennent que se trouve sur le territoire de cet Etat contractant une personne dont l'extradition peut être réclamée par l'autre Etat contractant, elles demandent sans délai à celui-ci, par la voie prévue au paragraphe 3 de l'article 16 de la Convention, s'il réclame l'extradition de cette personne. Si la personne est mise en détention provisoire, l'autre Etat contractant en est informé sans délai, avec indication de la date de l'arrestation et du lieu de détention.

3) Les délais visés au paragraphe 4 de l'article 16 de la Convention sont respectés lorsque la demande d'extradition et les pièces à joindre sont parvenues par télécopie avant leur expiration au Ministère de la justice de l'Etat requis et que les documents originaux ont été ensuite communiqués dans un délai raisonnable.

Article XI

(Ad article 17 de la Convention)

Lorsqu'il prend la décision visée à l'article 17 de la Convention, l'Etat contractant requis se prononce également sur l'admissibilité de la réextradition vers l'Etat tiers; il fait connaître sa décision sur ce point à tous les Etats intéressés.

Article XII

(Ad article 19 de la Convention)

1) Le paragraphe 1 de l'article 19 de la Convention peut également être invoqué pour l'exécution d'une mesure préventive.

2) Aux fins du paragraphe 2 de l'article 19 de la Convention, une remise temporaire peut aussi être demandée pour l'accomplissement d'actes de procédure urgents. Ces actes de procédure doivent être précisés dans la demande. Il n'est pas consenti à la remise si celle-ci doit retarder considérablement ou rendre difficiles des poursuites dans l'Etat requis ou si elle risque d'avoir des inconvénients disproportionnés pour la personne à extraditer. Après l'accomplissement des actes de procédure dans l'Etat requérant ou sur la demande de l'Etat requis, la personne remise est rendue, quelle que soit sa nationalité.

3) En cas de remise provisoire, la personne remise est maintenue en détention dans l'Etat requérant pendant toute la durée de son séjour. La durée de cette détention est imputée sur la peine dans l'Etat requis.

4) Les dépenses occasionnées sur le territoire de l'Etat requis par la remise provisoire ne sont pas remboursées.

Article XIII

(Ad article 20 de la Convention)

1) Si l'extradition d'une personne est accordée, les objets visés à l'article 20 de la Convention ou toute autre chose obtenue en contrepartie sont, si possible et sans demande spéciale, remis simultanément avec la personne à extraditer. Ils sont également remis lorsque l'extradition déjà accordée ne peut être effectuée en raison du décès ou de la fuite de cette personne; et en outre lorsque l'extradition qui serait admissible en vertu de la Convention ne peut être accordée parce que la personne à extraditer est en fuite ou décédée ou n'a pu être appréhendée à l'intérieur du pays.

2) L'Etat requis fait savoir à l'Etat requérant quels sont les objets visés à l'article 20 de la Convention qui ont été saisis et si la personne à extraditer accepte qu'ils soient directement restitués à la personne lésée.

L'Etat requérant fait savoir dès que possible à l'Etat requis s'il renonce à la remise des objets à la condition que ceux-ci soient remis, sur présentation d'un certificat délivré par son autorité judiciaire compétente, à la personne lésée ou à son mandataire.

3) Lors de la remise d'objets avec renonciation à leur restitution, l'Etat requis ne peut faire valoir l'existence d'un droit de gage douanier ou d'une autre sûreté réelle sur ces objets en vertu des dispositions de sa législation douanière ou fiscale,

à moins que le propriétaire des objets lésé par l'infraction ne soit lui-même redevable des droits ou de l'impôt en cause.

Article XIV

(Ad article 21 de la Convention)

1) L'Etat requis du transit doit maintenir en détention la personne qui lui est remise pendant toute la durée du transit.

2) Si une personne extradée par un Etat tiers vers un Etat contractant doit être transportée par avion au-dessus du territoire de l'autre Etat contractant sans escale dans cet Etat, une saisine de l'Etat contractant dont le territoire est survolé n'est pas nécessaire lorsque la personne ne possède ni ne revendique la nationalité de cet Etat et que l'extradition ne fait pas suite à l'une des infractions visées aux articles 3 et 4 de la Convention.

Article XV

(Ad article 23 de la Convention)

Les demandes d'extradition et les autres documents sont rédigés dans la langue de l'Etat requérant. Il ne sera pas réclamé de traductions.

Article XVI

(Ad article 25 de la Convention)

Aux fins du présent Traité, l'expression « mesure de sûreté » désigne une mesure privative de liberté ordonnée, en complément ou en substitution d'une peine, par sentence d'une juridiction pénale. Si la durée d'une mesure non encore exécutée est indéterminée, la date à considérer aux fins du présent Traité est la date limite à laquelle la mesure doit être levée selon la législation de l'Etat requérant.

Article XVII

(Ad article 31 de la Convention)

Si l'un des deux Etats contractants dénonce la Convention, la dénonciation prendra effet entre la République d'Autriche et la République tchèque deux ans après que le Secrétaire général du Conseil de l'Europe en aura reçu notification.

Article XVIII

1) Le présent Traité est soumis à ratification; les instruments de ratification seront échangés à Prague.

2) Le présent Traité entrera en vigueur au premier jour du troisième mois suivant le mois où auront été échangés les instruments de ratification.

3) Le présent Traité restera en vigueur pendant une durée indéterminée, à moins que l'un des Etats contractants ne le dénonce par écrit et par la voie diplomatique; en pareil cas, il cessera d'être en vigueur un an après la dénonciation, mais pas

plus tard que la date à laquelle la Convention européenne d'extradition cessera d'être en vigueur entre les Parties au présent Traité.

EN FOI DE QUOI, les plénipotentiaires des deux Etats contractants ont signé le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

FAIT à Vienne le 27 juin 1994 en deux exemplaires originaux, chacun en langues allemande et tchèque, les deux textes faisant également foi.

Pour la République
d'Autriche :

NIKOLAUS MICHALEK

Pour la République
tchèque :

JIŘÍ NOVÁK
